

England.

Gegen Lloyd George.

Berlin, 29. März. „Daily Express“ vom 23. März schreibt: Die Liberale Parteiführerschaft scheint endgültig in die regierungseindlichen Hände übergegangen zu sein, und es scheint Tatsache zu sein, daß zwei Drittel der Liberalen Partei zu den bisherigen Feinden des Premierministers gehören und nur auf eine Gelegenheit warten, ihn zu stürzen. Mit dem Rücktritt der Liberalen Minister gerät das letzte Band zwischen der Liberalen Partei und der Regierung, und viele der zur Exekutive ernannten Minister brühen Nähe und Vergeltung an den Mann, welcher sie besiegt hat. Ein erfolgreicher Angriff auf den wahren Feind ist von vornherein ausgeschlossen, wenn die rückwärtigen Verbindungen in Gefahr sind. Solche Gefahr liegt in der gegenwärtigen Lage der Regierung. Das letzte Ministerium wandelt auf den Wegen, welche zum Sturz seiner Vorgänger führten, denn es das Recht weihen will, muß es sich vor allen Dingen zunächst einmal selbst retten.

Wahlrechtsreform in England.

T. U. Aus London wird dem „Allgemeinen Handelsblatt“ gemeldet, daß die Bewegung im englischen Unterhause gegen die Erweiterung des Wahlrechtes hauptsächlich aus Mitgliedern der alten konservativen Partei besteht. Es scheint nicht an der Wahrung ihres früheren Führers Bonar Law, den Antrag einstimmig anzunehmen und erzwang eine Abstimmung über ein Amendement dahingehend, die Wahlrechtsreform während des Krieges auf die Vorbereitung eines neuen Wahlrechtes und auf die Bereitstellung von Mitteln um Stimmabgabe von Soldaten und Soldaten im Dienste zu erziehen, zu beschränken. Das Resultat der Abstimmung habe große Bedeutung ergeben. Den Höhepunkt der Debatte bildete die Rede von Asquith mit seiner Erklärung, daß er sich zum Frauenwahlrecht bekennt. Lloyd George wies auf die Wichtigkeit und Rechtmäßigkeit hin, den Soldaten und Soldaten das Wahlrecht zu verleihen. Hunderttausende von Soldaten seien vor dem Kriege zu jung gewesen, um das Wahlrecht ausüben zu können, aber nun haben sie für das Vaterland gekämpft, und nun sei es unbillig zu sagen, wir haben ihre Meinung nicht nötig. Die Presse, auch die „Times“, ist im allgemeinen mit der neuen Gesetzgebung einverstanden; natürlich spricht sich die „Morning Post“ dagegen aus. Abgesehen vom 29. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die Debatte über die Wahlrechtsfrage im Unterhause hat ergeben, daß die Opposition gegen die Wahlreform viel weniger stark war, als man erwartet hatte. Die Regierung hat energisch den Standpunkt der Kommission vertreten. Die Entscheidung über das Frauenwahlrecht wird die Regierung dem Hause überlassen. Es ist kein Zweifel, daß im Unterhause eine überwiegende Mehrheit dafür vorhanden ist. Im Unterhause wurde mit 341 gegen 62 Stimmen eine Entschließung angenommen, die die von der Konferenz der Vertreter aller Parteien empfohlenen Maßnahmen genehmigt. Die Maßnahmen betreffen verschiedene Fragen der Wahlrechtsreform und beinhalten das Frauenwahlrecht.

Frankreich.

Frankreichs Wirtschaftsnot.

WTB. Bern, 29. März. „Leit Parisien“ teilt mit, daß gestern vormittag unter Vorherrschaft der neuen französischen Wirtschaftsnot zusammen, um die Frage weiterer Einschränkungen zu beschließen. Es wurde beschlossen, daß der Verzinsungsminister Mallet sein Programm neuer Einschränkungen, die auch infolge des Verzinsens der höchsten Preispolitik notwendig werden, in der Kammer auseinandersetzen soll. Das Programm sieht eine energische Rationalisierung und für den Fall, daß diese Maßnahme keinen Erfolg habe, die Requisition vor. Das Publikum soll über den Ernst der Lage aufgeklärt werden. Die Kohlenförderung, die zwar in letzter Zeit wieder besser geworden ist, sei doch bei den stets steigenden Anforderungen der Kriegswirtschaft ungenügend. Man müßte daher eine scharfe Rationalisierung des Kohlen- und Gasverbrauches einführen, wodurch besonders die Industrie, die mit den Lieferungen nichts zu tun habe, betroffen werden. Mit dem Eintritt des Sommers sei auf keine Besserung der Kohlenlieferung Frankreichs zu rechnen. Besichtig der Getreide- und Brotfrage werde man gewungen sein, dem Publikum neue Opfer aufzuerlegen. Das Brot müßte mit Erlaubnis gemischt werden. Genf, 28. März. Die Presse darf über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande keinerlei Andeutungen machen oder Berichte veröffentlichen, die eine Zunahme der Lebensmittelnot feststellen. Die französischen Güter, die noch vor einigen Monaten überflüssig waren mit Waren und Lebensmitteln, sind leer. In manchen Fällen befindet sich kein einziges volles Depot mehr. Der Schiffahrtsverkehr ruht fast vollständig. Die Güter, welche noch ankommen, sind für das Meer bestimmt.

Die französischen Güter, die noch vor einigen Monaten überflüssig waren mit Waren und Lebensmitteln, sind leer. In manchen Fällen befindet sich kein einziges volles Depot mehr. Der Schiffahrtsverkehr ruht fast vollständig. Die Güter, welche noch ankommen, sind für das Meer bestimmt.

Bermischte Kriegsnachrichten.

Ein Armeebefehl des Zaren Ferdinand.

WTB. Sofia, 29. März. Zar Ferdinand richtete an den Generalstabschef der bulgarischen Armee, General Sefkow, folgendes an: Die Truppen der macedonischen Front bestimmtes Telegramm: Soldaten! Bewegten Herzens habe ich eure harten Kämpfe und schweren Verluste verfolgt, die die Tage vom 11. 3. bis 20. 3. ausgefüllt haben, in denen ein erbitterter, zäher Gegner durch wütende Angriffe sich hartnäckig mühte, um jeden Preis eure Front bei Bitola und zwischen Stridica und Prespaale zu durchbrechen. Die beispiellose Bravour und unerschütterliche Festigkeit aller Teile der Front, haben die gewaltigen Kraftanstrengungen des Gegners bezwungen. Ihr alle von der 11. Armee habt einen neuen Sieg über den gemeinsamen Feind errungen. Voll Freude spreche ich Euch dafür meinen herzlichsten Dank aus und übermittle dem mit auch den Dank Bulgariens. Der neue Sieg hat mein Vertrauen noch unerschütterlicher gemacht. Doch die tapferen Kämpfer ein Bewußtsein von der außerordentlichen militärischen und politischen Bedeutung der jetzigen Operationen haben, und daß sie trotz aller Schwierigkeiten und Entbehrungen, denen sie ausgesetzt sind, sich entschlossen sind, bis zu dem nun nicht mehr fernem Ende des Krieges alle auf Grund der vorangegangenen glänzenden Siege gemachten Erwerbungen zu behaupten und ihre hohe Aufgabe bis zum Schluß zu erfüllen. Euer letzter Sieg hat die Würdigung des Deutschen Kaisers gefunden, der sagte, daß er mit ganz besonderer Freude den Bericht des Feldmarschalls von Hindenburg entgegengenommen habe, der ihm mitteilte, daß die bulgarischen und deutschen Truppen sich bei den Kämpfen bei Bitola glänzend geschlagen haben. Mein großer Verdienen erregt die Tapferen durch mich. Es ist überzogen, daß die verschiedenen Truppen mit glänzendem Verstand weiter kämpfen werden bis zum Ende unserer Waffen. Möge dieses einmütige Lob, das die Anerkennung aller die tapferen unerschütterliche Haltung der Truppen in den schwersten Kämpfen ist, meine Soldaten und jene der Verbündeten beschwingen, auf daß sie den Krieg für die Einheit Bulgariens durch ebenso herrliche Siege beenden, wie sie seinen Beginn kennzeichneten. Nochmals allen meinen heißen Dank! Gott mit den Tapferen!

Ein feindliches Munitionsspezialer vernichtet.

Christiana, 30. März. Zuiolge Spezialtelegrammen von Kopenhagen erzählt jetzt ein aus Amerika herkommener Kapitän des am 10. Januar vertriebenen norwegischen Dampfers „Bergenghus“, das U-Boot habe in ihrer Gegend erst einen großen englischen Transportdampfer torpediert, nachdem dieser das U-Boot mit zwei Schüssen beschoss und nicht getroffen habe. Der große Dampfer, der anscheinend mit Munition beladen gewesen sei, sei augenblicklich in die Luft geflogen. 1½ Minute später sei nichts mehr zu sehen gewesen. Der U-Boot-Dampfer habe für den vom Bergenghus entnommenen Besatzung quittiert.

Der große Dampfer, der anscheinend mit Munition beladen gewesen sei, sei augenblicklich in die Luft geflogen. 1½ Minute später sei nichts mehr zu sehen gewesen. Der U-Boot-Dampfer habe für den vom Bergenghus entnommenen Besatzung quittiert.

Kapitänleutnant Hans Buh.

Kapitänleutnant Hans Buh, der sich in diesem Kriege als Kommandant eines U-Bootes mehrfach hervorgetan und ausgezeichnet, ist während einer Jagd auf hoher See tödlich ausgerückt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. März. Im Bundesratsstische Graf Kochern. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzes zur Herabsetzung der militärischen Mindesteinstufen.

Die Kommission über die Resolution, in der sie wünscht, daß vor dem Inkrafttreten des Gesetzes verhängte Strafen im Gnadenwege erlassen werden.

Abg. Landsberg (Soz.) befürwortet einen Antrag auf Straffreiheit der Notwehr und Streichung des § 152 Absatz 2 betreffend Uneinigkeit des Dienstweges.

Abg. Sadtzhang (Soz. Arb.-Gem.) befürwortet unter allgemeiner Anrühre des Saales einen langen Antrag seiner Fraktion, der sich im allgemeinen mit dem Antrag der sozialdemokratischen Mehrheit deckt. Der Antrag auf Freilassung der Notwehr bitte ich aus Gründen der Disziplin nicht anzunehmen. Ich empfehle vielmehr Annahme des Gesetzes in der Fassung der Kommission. Alle früher abgeurteilten Fälle, die unter dieses Gesetz fallen würden, sollen in wohlwollender Weise nachgesehen werden.

Unter Ablehnung der Änderungsanträge wird das Gesetz in zweiter und sofort anschließender dritter Lesung angenommen.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichskanzlers, der Reichsfinanzlei und des Auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Abg. Gumbel (Soz. Arb.-Gem.): Auch der politisch Schwere hätte nicht geteilt aus der Rede des Kanzlers verstehen, daß an dem preussischen Wahlrecht während des Krieges nicht gerüttelt wird. Das Dreiklassenwahlrecht bleibt unverändert in einem historischen Augenblicke, in dem fast überall die Fammengemeinde der russischen Revolution zeigen. Wir sind voll Bewunderung für das russische Volk, das heldenmütig das Joch des Zarismus abgestoßen. Der Kanzler geht abwärts an den Feldern der Zeit vorüber. Seine Worte waren Reue und die Gestalt der dritten Klasse (Präsident Dr. Kämpf rügt diesen Ausbruch). Der Kanzler vertritt auf künftige Zeiten. Wissen wir, ob der Kanzler nach dem Kriege noch auf seinem Platze sein wird? Sein Nachfolger wird sich nicht um seine Worte kümmern. Das gleiche Wahlrecht werden die Arbeiter nicht erhalten. Niemand verlangt während des Krieges Neuwahlen und Wahlkampf.

Ganz etwas anderes ist es, ein neues Wahlrecht zu fordern. Reichstag und Bundesrat haben das Recht, das Wahlrecht in den Einzelstaaten umzuformen, wenn sie nur ihre Macht ausüben wollen. Das Frauenwahlrecht ist eine unumgängliche Forderung. Das Herrenhaus muß beiseite gehen. Nicht nur der Hunger trieb die zünftigen Arbeiter zur Revolution, sondern die Friedenssehnsucht. Auch bei uns muß der Friedensgedanke immer wieder betont werden. Man darf aber nicht in der einen Hand die Friedenspalme, in der anderen das Schwert dem Feinde entgegenhalten. Mit Amerika ist es geschlossen, wenn wir vorausgesetzt haben, und mit hiesige Deutschland. Certanas Vorgehen gegen Amerika unterstützen sollen. Das Vorgehen des Staats-

Dein ist mein Herz.

Originalroman von S. Courths-Mahler.

32 Fortsetzung. Handbuch verboten.

Baron Viktor hörte das. Er trat heran mit einem fast lässlichen Wachen, vernichte sich tief vor Carry und küßte ihre Hand. „Verzeihe gnädige Frau — da ich Sie um die Begleitung meines Koffens bringe, bin ich Ihnen einen Ersatz schuldig. Darf ich Ihnen mein Auto und meine Person zur Verfügung stellen?“ Carrys Augen funkelten ihn mit Dank an — auf Ihre Begleitung verzichtete ich — Ihre Baroness Tochter erwartet Sie gewiß, und man soll einer zu benehnen Vater nicht von seinem Kinde zurückhalten.“ Das lang zurückfahrend auch lastfahrig und Baron Viktor machte ein etwas sonderbares Gesicht. Er half ihr galant beim Einsteigen und fragte belläufig: „Wissen Sie längere Zeit in der Residenz, meine gnädige Frau?“ „Nein, nur einige Tage.“ „Hoffentlich habe ich noch das Vergnügen, Sie wiederzusehen. Ich Ihr Herr Gemahl auch hier?“ „Nein, er ist in Berlin. Adieu, Herr Baron.“ „Auf Wiedersehen, verzeihe gnädige Frau, ich hoffe bestimmt auf ein Wiedersehen.“ Wieder funkelte sie ihn an. „Und ich hoffe, Sie überleben es, wenn uns kein Wiedersehen beschreiben ist.“ Sie neigte das Haupt, grüßte Günter noch einmal mit den Augen und fuhr davon. Baron Viktor wandte sich an Günter. „Die schöne Frau war entschieden ungnädig. Den liebevollen Vater warf sie mir mit Aplomb an den Kopf; sie unterließ sich entschieden spöttlich. Scheinbar kam ich ihr weniger gelegen als dir.“ Günter nickte. „Ich wollte mich entfernen, weil ich annahm, Frau von Croner wollte länger bei Rita bleiben. Sobald ich aber auftrah, tat sie das selbe. Ich hatte als Vorwand gebraucht, daß ich dich abholen wollte.“ Baron Viktor legte seine Hand auf Günters Arm. „Sie hast wieder lebend ich aus — ich bin die Güte. Und in ihren Augen flackert jetzt immer ein heißes Feuer. Sie scheint an deiner Kälte von neuem Feuer zu fangen. Das kommt bei dieser Art Frauen zuweilen vor — und dann wird leicht eine Feuersbrunst daraus. Halte sie dir soweit als möglich fern, mein Junge.“ „Das brauchst du mir wahrlich nicht erst zu sagen, aber — sie ist wie eine Axt“, rief Günter wider Willen heraus. Der Baron sah ihn von der Seite an. „Nun, nun — da bist dann freilich nur ein probates Mittel — abhüteln, ganz energisch. Du bist zu gut, dich von so einer Frau als Spielball benutzen zu lassen. Siehe, wie sie dich wogt, morgen will sie dich wieder einfangen. Da hilft nur eilige Abwehr“, zur Not deutlicher, als es sonst einer Dame gegenüber möglich ist.“ „Nach diesem Hegele handle ich schon. Aber bei allem tut sie mir leid. Wenn sie nicht gerade an Croner geraten wäre! Rita hat recht — das ist eine Dissonanz.“ „Die wir aber nicht in Harmonien auflösen können.“ „Oben im Salon der Generalin hatte diese, nachdem Carry mit Günter sich entfernt hatte, ihren Arm um Ritas Schulter gelegt.“ „Altes Kind, willst du von einer erfahrenen Frau, die es gut mit dir meint, einen Rat annehmen?“ Rita sah lächelnd zu ihr auf. „Von dir — jeden, Zante Czeglény. Ich weiß, daß ich dich dabei laßre. Also — was soll ich tun?“ „Dich nicht zu intim mit Frau von Croner befreundet.“ „Ueberhaupt blühte Rita in ihre Augen.“ „Zante Czeglény! — Das ist doch seltsam; eben sagte mir Günter etwas Bestimmtes. Ich glaube, Günter mag sie nicht sehr gut finden. Du sollst mich nicht.“ „Die alte Dame ist doch nicht das Haar.“ „Ich glaube, ihre Freundschaft zu dir ist nicht echt. Das ist alles nur Schein. Ich lenne sie länger und besser als du.“ „Mit großen Augen sah Rita vor sich hin. „Warum sollte sie aber mir gegenüber falsch sein?“ „Es liegt vielleicht nur in ihrer Art.“ „Ah — wie ichsel! Ich habe sie so gern — sie ist so schön. Aber seltsam ist es doch, daß ihr alle sie nicht magt — auch Papa nicht.“ „Nun, siehst du, Kind, wir kennen alle die Menschen ein wenig besser als du. Also verzieh mir, sei nicht so sehr vertrauensselig — nicht so intim mit ihr. Höchlich und freundschaftlich kann du natürlich sein — aber sei vorsichtig. Vertraue ihr nie etwas an, was du nur einem wirklichen Freunde anvertrauen würdest. Und verhehe nicht mehr mit ihr, als es kein muß.“

Rita atmete tief auf. „Wenn du meinst, daß es gut ist, so will ich deinen Rat befolgen, Zante Czeglény. Aber es tut mir sehr leid, daß ich meinem Herzen nicht folgen darf.“ Die Generalin zog sie in ihre Arme. „Ich will dich nicht betrüben, Kind, und es ist ja auch möglich, daß ich mich irrt. Aber ich habe so ein unklares Gefühl, das mich warnt. Auf jeden Fall kannst du doch vorhinlich sein, auch wenn es nicht nötig sein sollte.“ „Damit frag ich Generalin die Generalin ab und kam auf ein anderes Thema.“ „Darauf kamen die beiden Herren. Rita lief ihnen entgegen und Günter zog sie fest an sich. „Da bin ich schon wieder. Papa hat mich losgelöst, Ziebling“, lisperte er. „Und Frau von Croner? Du hast sie ungalanterweise allein gehen lassen?“ „Nein — sie ist in meinem Auto davongefahren und hat uns zu dir zurückgeschickt“, sagte ihr Vater. Rita blühte lächelnd zu Zante Czeglénys hinüber. „Ich das nicht leid und gut von ihr?“ Die Generalin nickte lächelnd die Achseln. „Es mag sein. Rita debattierten nämlich jeden Abend Frau von Croner, Rita und ich. Ich habe Rita gebeten, nicht gar so vertraulich mit Frau von Croner zu sein, weil ich sie nicht unbedingt für einen Charakter halte, dem man ohne Vorbehalt begegnen kann.“ „Das ist ganz meine Meinung, liebste Freundin. Aber bei meinem kleinen Mädel sind Sie da sicher auf Widerspruch gestossen. Rita glaubt, was schön ist, muß auch gut sein.“ „Sie hat mir trostlos Vorhats gelobt, und das war bei Zweck meiner Warnung.“ Rita wandte sich an Günter. „Und du? Du pflichstest natürlich Papa und Zante Czeglény bei.“ „Ja, Rita. Ich sprach dir schon vorher darüber. Es ist auch meine Ansicht, daß du Frau von Croner gegenüber besser etwas zurückhaltend bist.“ Rita seufzte. Aber Günter zog sie mit sich in ein lauschiges Eckchen und sprach mit ihr von anderen Dingen, um sie abgulenken von dem gefährlichen Thema. Im Grunde seines Herzens war er der Generalin sehr dankbar, daß diese Rita vor Carry gewarnt hatte. So war es unverfänglich geblieben, ohne sein besonderes Interesse daran zu verraten. Wohl war ihm nicht, wenn er an Carry dachte. (Fortsetzung folgt.)

schlechts hinsichtlich der Gewinnung Mexikos und Japans ist nicht zu verlieren.
Staatssekretär Zimmermann: Von einer großen Entzifferung über Mexiko besteht in Amerika nichts mehr. Zunächst wurde die Sache zu Besprechungen gegen uns ausgenutzt. Der Sturm hat sich längst gelegt. Die amerikanischen Politiker, die große Masse des amerikanischen Volkes und auch die „Times“ haben eingesehen, daß wir zu unserem Vorgehen berechtigt waren. Mexiko kam für mich als Nachbarstaat der Vereinigten Staaten in Frage. Der Mexikaner ist ein guter Soldat.

Unser Beziehungen zu Mexiko sind gut, die zwischen Amerika und Mexiko nicht vertrauensvoll.

Zwischen Amerika und Japan bestehen alte Gegenstände, die hier gegen alle die zu uns. Wie kann man es mir als Identität vorwerfen, daß ich mich nach Bundesgenossen umgesehen habe, wo die Entente ich ohne Gewissensbisse Stoffen heranzog trotz 30jähriger Verträge und Griedenland unerhört peinig, um es sich geübt zu machen? Ich hielt es für meine patriotische Pflicht, neue Bundesgenossen zu suchen, da unsere tapferen Truppen mit einer Übermacht von Feinden kämpften und ich weitere Schritte nach Möglichkeit zu uns fernhalten muß (Beifall).

Herr Dr. Baake (Soz.): Mit welcher Methode fördert Herr Dr. Baake die inneren Kämpfe? Es hätte der Neuorientierung nichts genutzt, wenn der Jar an der Spitze seiner streifenden Kolonen in Berlin eingedrückt wäre.

Glaubt Baake, daß Frankreich keine Anreizungsgelüste auf Elb-Verbindungen hat?

Ich begrüße die Erklärung des Reichstages, daß wir uns in Paris in der Tat die Angelegenheiten in einem ruhigen und klaren Geist zu erledigen beabsichtigen. Das russische Volk will den Frieden, deshalb müssen wir alles vermeiden, was die Friedensgegner in Anspruch führt, und alles tun, was die Friedensströmung fördert. Die deutsche Regierung muß ihr Friedensangebot allgemein ausbreiten. Wir führen diesen Verteidigungskrieg zum Schutze unseres Vaterlandes, nicht für Sonderinteressen. Vielen ist das Wort „Monarchie“ nur ein Deckmantel für ihre kapitalistische Interessen. Sie wollen einen König, der ihren Willen tut. Nach einem Jahre Friede des Großen muß der Herr das tun, was die armen Leute, die Handwerker, Bauern und Arbeiter wünschen. Da würde der Wunsch nach einer Reformen herauskommen. Das preussische Wahlrecht steht in der Welt ganz allein. Ein solches Wahlrecht gibt es überhaupt nicht mehr. Preußen ist der Welt voran, d. h. von der verkehrten Seite angegangen. In Bayern trat der jetzige König für ein gleiches Wahlrecht ein, weil das Land sonst nicht zur Ruhe kommt. In der Verlogenheit dieses Zustandes liegt auch der Gegensatz zwischen Norden und Süden begründet. Glaubt man, daß der Gedanke der Reformen verschwinden kann? Dieses System hat sich im Kriege nicht bewährt. Wenn wir den Krieg alljährig überleben, so tun wir es trotz dieses Systems.

Das Herrenhaus allein hat uns das Unglück gebracht. Dieser alte preussische Geist zeigt sich auch in dem Belagerungsstande. Ohne den Reichstag wäre kein 4. August 1914 möglich gewesen. Die erste gemeinsame Schicksal. Da wagt es ein Herrenhaus zu sagen, das deutsche Volk habe einen anderen Reichstag verdient. Die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen wäre für Deutschland eine betrübende Tat. In der Wahlamterneinteilung besteht für die Städte ein Unrecht gegenüber der Landbevölkerung. Das parlamentarische Regime muß kommen durch Schaffung eines guten Wahlrechts. Schaffen Sie ein Sicherheitsventil gegen die gewalttätige Schaffung dieses Reiches. Deutschland ist in vielen Dingen voran, in Wirtschaft, Handel, Technik, Kunst, Wissenschaft und allgemeiner Volksbildung. Deutschland hat weniger Unbehagen als Rußland, Italien, Frankreich und auch England. Schaffen wir nun auch ein gutes Wahlrecht, dann können wir freudig in den Ruf ein: „Deutschland ist der ganzen Welt voran!“

Herr Dr. Baake (Soz.): Gern stimmen wir dem Reichstanzler in dem zu, was er über das Ausland gesagt hat, namentlich über England. Die wirtschaftlichen Beziehungen müssen wieder angeknüpft werden. Sie werden die Brücke bilden von Volk zu Volk. Wir wollen einen ehrenvollen Frieden, der unseren Nationalstolz erhält, nicht mit laien fremdzeitiger Weltanschauung belasten. Wir begrüßen deshalb die Erklärung, daß in der polnischen Politik ein Wandel einzutreten soll. Das Reich muß Europa haben auf die innere Gestaltung der Einzelstaaten. Das Reich hat die Reichsverwaltung ist die Militärbehörde. Was wir aber da gesehen haben bei der Schutzhaft und dem Belagerungsstande, ist nicht sehr ermutigend. Stein und Zardenberg haben ihre Reformen auch in engerer Zeit durchgeführt, weshalb soll es heute unmöglich sein? Die Warnung: Was du ererbst von deinen Vätern hast, ererbst es, um es zu besitzen, wäre auch für die Herren Grafen Dora, Nonn und v. Kleist, Träger bösewärtiger Namen, nützlich. Nicht mehr der Landtag, sondern der Reichstag führt das Land. Wollen Sie einen großen Teil der Verantwortung aus der Distanz stellen, so verlassen Sie jetzt noch das Abgeordnetenhaus. Wäre der Kanzler seine Reden überwinden eingehend des Wortes: „Am Anfang war die Tat!“

Herr Dr. Baake (Soz.): Der Sprache der Tatsachen, der Kriegstaten des Volkes, darf der Kanzler nicht sein Herz und sein Ohr verschließen. Wir erwarten, daß er die Bedeutung der Stunde nicht verkümmert. Eine Folge des Krieges ist auch, daß

das Band zwischen Kaiser und Volk fester gemorden ist. Das Kaiseramt muß zuerst in der Liebe des Volkes. Nur ein freies Volk kann stolz sein. Mit weitem Blick und offenem Herzen müssen wir an die Neugestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse herantreten. Wir müssen aufzäumen mit Kraftgeist und Eifer. Jeder Volksgenosse muß sich als ein auf nationaler Grundlage stehender gleichberechtigter Bürger fühlen. Mit Blut und Leben hat die Geschichte uns zusammengeweiht. Wir wollen das Reich neu gründen, aber dann auf der festen Grundlage der Gleichberechtigung der Bürger.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich hätte manches, was Graf Weizsäcker gesagt, gern noch Regierungstätigkeit gehört. Gern freundschaftlich wird der Reichstag von der linken Seite her behandelt. Manche Behauptung nicht nach Kanzlerfähigkeit. Wir haben die Regierungshandlungen stets mit der uns eigenen Sachlichkeit kritisiert. Mit Entrüstung müssen wir die immer wiederkehrende Behauptung zurückweisen, als ob wir den Kanzler nur deshalb wegen seiner äußeren Politik beschimpfen hätten. Auch beim Gegner soll man die Aufmerksamkeit nicht ohne Grund bewahren. Der Kanzler hat seine Ansicht keineswegs fortgesetzt, daß jede Verlängerung des Krieges eine Verstärkung der Friedensbedingungen mit

sie bringt. Das gilt namentlich von der Ablehnung des Friedensangebots. Ich frage mich, daß die Gegner uns mit ihrer Antwort nicht eingehalten und uns um unsere letzten Hoffen gebracht haben. Wir wollen in einem Schatz an die Hände haben und den haben wir, wenn der König genügt ist, seine Minister aus der Parlamentarmehrheit zu nehmen. Aus unserer Debatte habe ich das Gefühl gewonnen, daß man mehr den Weizsäcker, nicht den Bolschewist gehen will, den Geist, an dem Hellas angründe gegangen ist.

Herr Dr. Baake (Soz.): In der Sozialpolitik markieren wir unzufriedenheit voran. Mit der Aufhebung des Einigungsgesetzes sind wir einverstanden. Wir haben zu seiner Schaffung uns energisch nur schmerzlichen Bedauern. Als im preussischen Abgeordnetenhaus eine liberale Majorität vorhanden war, hat kein Mensch an die Aenderung des Wahlrechts gedacht. Damals sah man darin den gerechten Ausdruck des Volkswillens, heute mehr wegen der anderen Zusammensetzung des Hauses ein anderer Wind. Damit wollen auch wir nicht die Reformfähigkeit des Hauses betreiben. Den Verfassungsausschuß halten wir nicht für den richtigen Weg. Wir werden die Verträge ablehnen.

Herr Dr. Baake (Soz.): Wir verlangen vom Reichstag Rat und Beweise, daß er instand ist, das deutsche Volk zu vertreten und zu führen. Wenn Kaiser Wilhelm dem Reichstag Rat gegeben hat, den Wünschen des russischen Volkes zu entsprechen, so hätte er in erster Linie bei uns diese Reform vornehmen sollen. Ein Weiterstehen des Reichstages ist es, sich zwischen dem Reichstag und dem Reichstag zu setzen. Die Republik ist auch bei uns in kurzer Zeit auf dem Marsche. (Präsident Dr. Kämpf ermahnt den Redner, sich zu beruhigen.) Der Reichstag muß Einwirkung in die auswärtige Politik bekommen, das zeigt das Beispiel Mexikos. Das Bündnisangebot an Mexiko ist für Nordamerika ein Schicksal uns. Für den Reichstag muß eine gerechte Wahlverteilung vorgenommen und das Proportionalwahlrecht eingeführt werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. — In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Herr Dr. Baake (Soz.) gegen Herr Dr. Baake (Soz.) und bemerkt, daß die Revolutionäre in Rußland Männer seien, die die Rechte bewilligt hätten. Die erfolgreiche Zurückweisung des russischen Einbruchs habe die russische Revolution gefördert. Einen Frieden fördern man nicht, wenn man immer von der Eroberungslust der Regierung sprechen wolle. Ich möchte den Abgeordneten v. Graefe keineswegs persöhnlich treffen.

Herr Dr. Baake (Soz.): Wir sind der sozialdemokratischen Mehrheit unerschütterlich treu und wir deshalb zur Ordnung gerufen. Die von den Nationalliberalen eingebrachte Resolution auf Einsetzung eines 24gliedrigen Verfassungsausschusses wird dahin ergänzt, daß der letzte Teil der sozialdemokratischen Resolution hinzugefügt wird, wonach die einschlägigen Anträge der Resolution diesem Ausschusse zu überweisen sind. Herr Dr. Baake (Soz.) sieht darauf seine Resolution zurück. Darauf steht Herr v. Graefe nach (natürlich) den Antrag der hiesigen Abstimmung zurück.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich erkläre, daß er nach dem Gange der Debatte nicht in der Lage sei, für die Resolution seiner Fraktion zu stimmen. Herr Dr. Baake (Soz.) erklärt, daß er nunmehr an der namentlichen Abstimmung festhalte.

Es stimmen für die Resolution 227, dagegen 33 Abgeordnete, fünf enthalten sich. Die Resolution ist somit angenommen.

Die Resolution der Sozialdemokratischen Arbeitereingenschaft wird abgelehnt. Somit ist die Resolution der Sozialdemokratischen Arbeitereingenschaft überwiegen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 27. April, nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung unbekannt.

Präsident Dr. Kämpf: Ich wünsche, daß Sie des Osterfestes gedenken. Ich hoffe, Sie alle gesund und frisch und unter guten Verhältnissen hier wiederzusehen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag. Herrenhaus.

Am Ministertisch: Spöck.
Präsident Graf Henning-Weizsäcker eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min.

Die Beratung des Haushaltsplanes wird bei der allgemeinen Besprechung über Arbeiter- und sozialpolitische Fragen und über Verkehrs- und Handelsfragen fortgesetzt.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich beabsichtige, über Arbeiterorganisation und Arbeiterbewegung zu sprechen und bedaure, daß seine Vertreter der zuständigen Reichsämter auswendig sind. Das Arbeitsverhältnis kann auf dem Boden des Kampfes nicht gelöst werden. Unternehmer und Arbeiter müssen sich auf einen friedlichen Boden zusammenfinden. Die nationalen christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß ein friedlicher Ausgleich zwischen beiden Parteien getroffen werden muß, und es ist bedauerlich, daß die Reichsregierung diesen Gewerkschaften gegenüber eine Stellung einnimmt, die nichts weniger ist als wohlwollend. Die Reichsregierung tritt mit dem früheren Unmut gegen die gewählten Männer der Ordnung.

Überbürgermeister Förster-Königsberg: Es ist bedauerlich, daß wir in Deutschland Zuständen entgegengehen, wie wir sie in Amerika beobachten, wo die Unternehmer in dem Arbeiter nur die Arbeitskraft und die Arbeitslohn sehen. Wir wünschen, daß wir zu patriarchalischen Zuständen zurückkehren, wo ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herrscht. Wir sollten die unorganisierten Arbeiter nicht in eine Stellung drängen, daß sie glauben müssen, sie können nur durch Anschlag an die sozialdemokratische Organisation etwas erreichen.

Herr Dr. Baake (Soz.): Zwischen den verschiedenen Gewerkschaften muß volle Parität beobachtet werden. Es muß sich die Auffassung geltend machen, daß die Arbeitgeber wie die Arbeiter, daß das Wohl des einen Teiles auch das des anderen Teiles ist. Wenn das Kriegsamt die nichtorganisierten Arbeiter zu den Ausschüssen nicht herangezogen hat, so liegt das eben daran, daß diese, weil sie nicht organisiert sind, keine Vertreter gestellt haben. Im Grunde wird es sich zeigen, ob die Gewerkschaften den nationalen Anschlag finden werden, den wir wünschen.

Herr Dr. Baake (Soz.): Es ist nicht richtig, daß die wirtschaftlich friedlichen Vereinigungen als nicht gleichberechtigt mit den Gewerkschaften betrachtet werden. Wir legen Wert darauf, daß Streiks vermieden werden weil durch jeden Streit nationale Werte verloren gehen. Auch wir wünschen

eine Verständigung zwischen den Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter herbeizuführen.

Überbürgermeister Förster-Königsberg: Durch die Erziehung staatlicher Elektrizitätszentralen wird eine Reihe von großen Gemeinden, die eigene Elektrizitätswerke angelegt haben, sehr geschädigt werden.

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Spezialdebatte hat beim Kultusrat Dr. v. Studt für die Aufrechterhaltung des konstitutionellen Charakters der Volksschulen ein und sprach die Belohnung aus, daß durch die in Aussicht genommene Aufhebung der Polengesetze eine Polonisierung der Dinarzen eintreten könne.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich tritt für Förderung der landwirtschaftlichen Hochschulen ein.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Der Wunsch des Vorredners auf Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle wird schon getragen werden. In den neu erlassenen Satzungen sollen die Universitäten in ihrer Entwicklungsfähigkeit nicht gehindert werden. Die Art, wie die Professoren berufen werden, hat sich nicht geändert. Die Vorhänge der Fakultäten werden beibehalten.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Der Wunsch des Vorredners auf Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle wird schon getragen werden. In den neu erlassenen Satzungen sollen die Universitäten in ihrer Entwicklungsfähigkeit nicht gehindert werden. Die Art, wie die Professoren berufen werden, hat sich nicht geändert. Die Vorhänge der Fakultäten werden beibehalten.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

Herr Dr. Baake (Soz.): Ich wünsche die Erziehung eines orientalischen Seminars in Halle und bitte den Minister, bei dem von ihm zugelassenen Satzungen für die Universitäten deren Bewegungsfreiheit nicht zu beschränken.

